

Das Bündnis für Arbeit hat einen dritten wichtigen Aspekt. Die Ausgrenzung der sozial Schwachen durch Leistungskürzungen und Sozialabbau muß beendet werden. Wenn den Menschen schon keine Arbeit angeboten werden kann, müssen wenigstens die Transferleistungen so bemessen sein, daß sie ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Die Gewerkschaften wollen damit einen Trend der aktuellen Politik stoppen. Die staatliche Politik setzt auf „Druck“, weil angeblich die „Arbeitsbereitschaft“ gestärkt werden muß. Druck heißt in diesem Fall Leistungskürzungen, Absenkung der Zumutbarkeit für die Annahme von Arbeit und Ausgrenzung aus den Sozialversicherungssystemen. Damit werden die Probleme nicht gelöst, weil entsprechend keine Arbeitsplätze vorhanden sind.

Die Armen haben fast keine Lobby. Armut ist im Verborgenen, weil die Menschen sich zurückziehen und soziale Kontakte abbrechen. Ihre objektiven Lebenschancen sind stark eingeschränkt.

„Die im Dunkeln sieht man nicht“, heißt es schon bei Bert Brecht. Versöhnung in dieser Zeit heißt deswegen, gerade diese Menschen verstärkt ins Blickfeld zu rücken. Kirche und Gewerkschaften haben hier eine gemeinsame Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

Die ökumenischen Konferenzen in Erfurt und Graz

VON KLAUS LEFRINGHAUSEN

Wer dem konziliaren Prozeß den Erschöpfungstod voraussagte, reibt sich verwundert die Augen: Er zeigt neue Vitalität und wagt gar einen Doppelschritt nach vorn:

1. Die Erfurter Ökumenische Versammlung wird sich vom 13. bis 16. Juni 1996 unter dem Motto „Versöhnung suchen – Leben gewinnen“ vor allem den innenpolitischen Aufgaben der Entfeindung stellen.

2. Die Europäische Ökumenische Versammlung tagt im Juni 1997 in Graz unter dem Leitwort „Versöhnung: Geschenk Gottes und Quelle neuen Lebens“. Sie wird sich mit den Turbulenzen zwischen osteuropäischen Ethnien, Konfessionen und Religionen, mit der West-Ost-Wohlstandsmauer, mit der Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union und mit der Ostausdehnung der NATO befassen.

Die Grazer Versammlung knüpft an die Baseler Konferenz von 1989 an und wird deshalb oft Basel II genannt. Doch sie wird die Baseler Debatte nicht einfach wiederholen, sondern ganz neu ansetzen,

- weil das Ende der geostrategischen Bipolarität in Ost- und Westeuropa ein Machtvakuum und eine Orientierungskrise geschaffen hat,
- weil die sozialen Gegensätze, die nun nicht mehr von einem ideologischen Großkonflikt überdeckt werden, an Sprengkraft gewinnen,
- und weil ein globaler Kulturkampf zum beherrschenden Folgekonflikt zu werden droht.

I. Der Kontext

Die ökumenischen Versammlungen finden im Kontext eines besonders dichten politischen Geschehens statt:

1. Der 10. Jahrestag von Tschernobyl am 26. April 1996 wird in Erinnerung rufen, daß immer noch 800 000 Kinder auf verseuchtem Boden leben. Tschernobyl wurde zum Symbol der Zukunftsängste, die sich auch an Namen festmachen ließen wie Biblis, Sandoz, Sibirien, Exxon und Valdez.

2. Erinnerungs-würdig ist auch der erste von sieben Kreuzzügen, der vor 900 Jahren anno 1096 stattfand. Sie haben sich tief in das Langzeitgedächtnis der Menschheit eingegraben und wirken auch heute noch kräftig nach, denn sie haben den Weg von der Antiexistenz über die Koexistenz zur Proexistenz der Religionen sehr weit gemacht.

3. Das Konsultationsverfahren der beiden Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland soll in einer desintegrierenden Gesellschaft wieder zur Perspektive des Ganzen verhelfen. Es führt am Jahresende zu einem endgültigen Kirchenwort, das die Rolle eines sozialen Kursbuches für Deutschland erhalten könnte.

4. Die Europäische Versammlung der Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (WCRP) befaßt sich im Oktober 1996 in Budapest mit dem Thema „Religionen für eine gerechte Wirtschaftsordnung“. Sie wird endlich mit der Illusion aufräumen, die Bewahrung der Schöpfung sei auch ohne multireligiöse Kooperation möglich.

5. Der Leipziger Kirchentag findet 1997 fast gleichzeitig mit der Grazer Versammlung statt. Er soll zum Muster für einen sensiblen deutsch-deutschen Umgang werden.

6. Das 3000. Jubiläumsjahr der Stadtgründung Jerusalems wird bis Ende 1996 gefeiert – *gegen* die Feinde von einst oder *mit* den Nachbarn von morgen? Diese „Stadt des Friedens“ wird nun zum Härtetest für die Friedens-

fähigkeit der drei abrahamitischen Religionen, wenn ab Mai 1996 über den künftigen Status der Stadt verhandelt wird.

7. Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes wird im Juli 1997 in Hongkong vermutlich dem bikonfessionellen Vorschlag folgen, den katholisch-evangelischen Gegensätzen die Schärfe zu nehmen, so daß die Konfessionen versöhnungsfähiger werden.

8. Die UN-Generalversammlung wird sich 1997 mit nachhaltigem und überlebensfähigem Wirtschaften (sustainable economy) befassen und damit ein zentrales Thema ökumenischer Ethik aufgreifen.

9. Der Ökumenische Rat der Kirchen wird im August 1998 in Harare feierlich die 50. Vollversammlung begehen und dabei an der Vision des Halljahres anknüpfen.

10. Mit den EU-Verhandlungen über die Osterweiterung, über die Assoziierung des Mittelmeerraumes und über die Mitgliedschaft in der für 1999 geplanten Währungsunion werden fundamentale Weichenstellungen für das künftige Europa vollzogen.

11. Der Papst hat zum Ökumenischen Jahr 2000 aufgerufen. Vorgesehen sind multireligiöse Begegnungen sowie eine gemeinsame Pilgerfahrt von Kirchenführern nach Jerusalem.

12. Wirtschaft und Politik werden das neue Jahrtausend mit der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover eröffnen. Ökumenische Initiativen werden dabei deutlich machen, daß Deutschland mehr ist als eine marktzentrierte Gesellschaft.

II. Der Versöhnungsimpuls

So sind die Ökumenischen Versammlungen umrahmt von anderen Großereignissen und werden nur dann politisches Gehör finden und nicht zur kirchengeschichtlichen Fußnote verkommen, wenn sie Relevantes zur vorgegebenen Tagesordnung der Welt sagen.

Diese Herausforderung läßt keinen Platz für innerkirchliche Flügelkämpfe. Das ist kein Wort *für* einen Soßencharakter von Versöhnung, wohl aber *gegen* den Luxus, Zeit und Kraft in Konflikte zu investieren, die vor allem der Identitätsfindung dienen.

Gefordert ist also die Bereitschaft, ein Konferenzergebnis auch dann mitzutragen, wenn das eigene Anliegen nicht an zentraler Stelle vorkommt. Die Erfurter Konferenz würde echolos verhalten, wenn sie flächendeckend alle Probleme dieser Welt benennt und so Gelegenheit bietet, sich dem eigentlichen Anspruch durch eine Fülle an Detailkritik zu entziehen.

Vielleicht macht es der Erfurter Versöhnungsimpuls möglich, die konzi-
liare Debatte unverkrampft zu führen, zum Perspektivenwechsel einzuladen,
ideologisch unbefangen zuzuhören, gegenseitig zum Lernen zu animieren
und mehr fragend als rechtfertigend zu denken. Versöhnung geschieht nicht
durch den Wortglanz hehrer Grundsätze, auch nicht durch Berge von Forde-
rungen, sondern wird durch Erfahrungen, Symbole, anvertraute Zeugnisse
und eine Offenheit vermittelt, die Fronten überspringt.

Versöhnung ist nämlich ein Geschenk, also nicht zu erleisten, zu machen,
zu fordern, zu planen, zu kaufen, vorzuschreiben oder zu verschreiben. Sie
ist weder Pflicht, noch Tugend, noch Ausdruck überlegener Großmut, son-
dern Dank, der auf Gottes Vorleistung antwortet. Diese Grunderfahrung des
Glaubens, von einem Überschuß an Bejahung herzukommen, müßte auch
für den Umgang mit christlicher Erfahrungs- und Meinungsvielfalt stilbil-
dend sein.

Verwundert wird sich mancher fragen, warum die Christen beim Versöh-
nungsthema in Erfurt unter sich bleiben und nicht die Konfliktgegner der
Gesellschaft an den runden Tisch bitten. Wollen sie über fremde Schatten
springen und die Gesellschaft in Abwesenheit mit rigoristischen Meßlaten
vermessen und verurteilen?

Doch es macht Sinn, daß die Christen zunächst unter sich bleiben, denn
es fehlt noch eine Verständigung über das, was die Botschaft von der Ver-
söhnung politisch meint. Für die Christen steht am Anfang die Versöhnung,
nicht die Buße. Erst die vorausgehende Zusage der Versöhnung macht
bußfähig. Ohne das Versöhnungsangebot würde die Selbstrechtfertigung
wachsen.

Der kirchliche Ethikbetrieb dreht jedoch die Reihenfolge oft um: Wir for-
dern Umkehr, doch Unternehmer, Soldaten, Chemiker, Polizisten oder Poli-
tiker können kaum mit Versöhnung, sondern müssen mit der Häme derer
rechnen, die andere zur Buße rufen, um das eigene Gutsein zur Geltung zu
bringen – Fremdzerknirschung also statt Selbstzerknirschung.

Dabei ist Versöhnung keineswegs versöhnlerisch, denn sie nimmt die
Schuldfrage ernst. Nur Versöhnung bereinigt Vergangenheit, eröffnet Zu-
kunft und ermöglicht Neuanfänge. Sie verniedlicht und verharmlost nicht,
denn Gottes vorgeleistete und geschenkte Versöhnung ist so radikal, daß sie
nicht an irgendeiner im Menschen angelegten, zukunftsfähigen Substanz
anknüpft – auch nicht am zeitgemäßen Problembewußtsein.

Versöhnte ziehen sich nicht in die Wagenburg von Ressentiments und
Rechtfertigungsargumenten zurück, sondern machen sich gegenseitig er-
reichbar. Sie setzen Ethik nicht als moralische Waffe ein und sind im Gegen-

satz zu ab- und ausgrenzenden Ideologien fähig zu Grenzüberschreitungen, zum Brückenbau, zum Perspektivenwechsel und zur Entfeindung. Versöhnung setzt integrierende Kräfte frei, bündelt Energien, macht bündnis-, kooperations- und politikfähig und sucht nicht eine Sonder-Identität durch Ab- und Ausgrenzung.

Genau das braucht die Gesellschaft, denn sie ist vierfach gespalten:

- horizontal in soziale Schichten,
- vertikal in berufsbezogene Interessenlager,
- geographisch durch die soziale und emotionale Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland,
- zeitlich durch einen unerklärten Krieg der lebenden gegen die künftige Generation,
- zusätzlich durch den Konflikt der Geschlechter.

Diese gesellschaftlichen Spaltungen zu überwinden, erfordert nicht nur guten Willen, sondern stellt auch Denkaufgaben. So entspricht es protestantischer Tradition, den Versöhnungsanspruch und -zuspruch zu individualisieren. Doch wer ist in unserer Gesellschaft der Adressat? Anonymisieren nicht die Entscheidungen im Kollektiv das ethische Subjekt? Versteckt es sich nicht hinter Marktmechanismen und politischen Sachzwängen? Wer ist in Ruanda, auf dem Balkan, in den Marktmechanismen oder bei Verbandsentscheidungen Subjekt der Versöhnung? Sind nicht die Grenzen zwischen Sachzwang und Mitläuferethik fließend und von außen kaum erkennbar?

Die großen griechischen Tragödien gingen stets davon aus, daß der Mensch unschuldig schuldig wird. Wir verfallen in das andere Extrem, wenn wir alle Konflikte zu Schuldfragen verkürzen, Schuld in anklägerischer Absicht individualisieren und personalisieren und dadurch die Gesellschaft letztlich gegen jede kirchliche Einrede immunisieren.

Ohnehin bleibt den Christen Anlaß genug, über den eigenen statt über fremde Schatten zu springen, denn auch zwischen amtskirchlichen, gemeindlichen und gruppengeprägten Frömmigkeitsstilen klaffen Gräben. Es dominieren Distanzvokabeln, es gibt Vertrauenslücken und es herrschen Mechanismen, die eigene Identität auf Kosten anderer zu stabilisieren. Insbesondere muß eine sparende Kirche, die Ansprüche nicht mehr einfach aufaddieren kann, für das ein Beispiel setzen, was das Sozialwort der Gesellschaft als „nicht-zerstörerischen Umgang mit Interessengegensätzen“ empfiehlt.

III. Das Erfurter Programm

Zur Ökumenischen Versammlung werden nicht nur Delegierte erwartet, sondern auch sonstige Interessierte, die teilweise als Pilgergruppen anreisen. Sie können den öffentlichen Teil, also etwa achtzig Prozent des Erfurter Programms mitmachen.

Dazu gehören vor allem die vier Themenfelder, auf denen das Erfurter Motto konkretisiert wird: Versöhnung suchen – Leben gewinnen

- in den Spannungen und Spaltungen der Kirchen,
- angesichts wachsender Ausgrenzung in unserer Gesellschaft,
- zwischen Völkern und Nationen in Europa,
- in den globalen Krisen in der Einen Welt.

Wie überall, so sind auch in Erfurt ökumenische Kompromisse notwendig. So mußte in der Vorbereitung viel Geduld investiert werden, um die gottesdienstliche Gestaltung des Sonntagvormittag so zu ermöglichen, daß nicht gegenseitige Verletzungen den Versöhnungsbedarf an längst überholt geglaubten Fronten wieder akut werden lassen.

Wenn der Regenbogen glaubhaft zum Symbol der Erfurter Versammlung werden soll, dann setzt das voraus, Kompromißbedarf auch da zu akzeptieren, wo es anachronistisch anmuten mag.

IV. Die Grazer Versammlung

Spätestens auf der Grazer Versammlung 1997 wird es einen multireligiösen Akzent geben müssen, weil Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung keine christlichen Monopol-Themen sind und die Christen sich ohne Kooperation mit anderen Religionen an ihnen verheben würden. Zudem wird die Grazer Versammlung zu einem multireligiösen Lernfeld, denn der Versöhnungsbedarf Osteuropas hat ganz wesentlich mit Konfessionen und Religionen zu tun.

Sie wird aber auch zum Lernfeld der Westeuropäer, denn dort werden sie merken, daß zumindest der geographische Mittelpunkt Europas nicht zwischen Rhein und Seine, sondern in Litauen liegt.

In Graz wird ebenfalls zur Sprache kommen, daß die Kirchen noch kein eigenes Krisenmanagement geschaffen haben, obwohl fast alle Konflikte auch religionspolitische Dimensionen haben. Gerade deshalb ist die Europäische Ökumenische Konferenz nach Graz, also nahe an das osteuropäische Pulverfaß, gelegt worden.

Immerhin streiten sich die GUS-Staaten an nicht weniger als zwanzig der dreiundzwanzig Grenzen. Und im Inneren bilden ungeschützte Minoritäten,

Kulturkämpfe, militante Autonomieansprüche und sozialer Absturz großer Bevölkerungsgruppen politische Minenfelder. Dabei befinden sich etliche Kirchen in unheiligen, nationalistischen Allianzen und polarisieren vorhandene Konflikte bis hin zur kollektiven Selbstschädigung. Notwendig wäre so etwas wie eine KSZR, also eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den Religionen.

Damit die Impulse von Erfurt und Graz auch die Kirchengemeinden erreichen, plant die rheinische Landeskirche 1996/97 konziliare Gemeindewochen und bereitet entsprechendes Arbeitsmaterial vor.

Mit den Ökumenischen Versammlungen sind die Probleme noch nicht vom Tisch. Deshalb die Überlegung, das ökumenische Konferenzgeschehen von Erfurt und Graz sowie den Konsultationsprozeß der beiden Kirchen in einen christlich-sozialen Kongreß einmünden zu lassen, also in eine Plattform, von der eine gesellschaftspolitische Suchbewegung ausgehen kann zwischen den Kirchen, kirchlichen Werken, kirchennahen Gruppen sowie Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kunst und Medien.

Das Stuttgarter Schuldbekenntnis aus mitteleuropäischer Sicht

VON JAKUB S. TROJAN

Das Stuttgarter Schuldbekenntnis vom Oktober 1945 (weiter StS) hat seine gesellschaftliche und innerkirchliche Dimension, die das Leben sowohl der Kriegs- als auch der Nachkriegsgeneration des besiegten Deutschlands betrifft. Nachhaltig beeinflusste es auch die Beziehungen und die Haltungen zu den deutschen Kirchen und zum deutschen Volk, insbesondere in den fünfziger Jahren bei den Protestanten der ehemaligen DDR und der Tschechoslowakischen Republik. Der Text des StS und die Umstände, unter denen ihn die Vertreter der damaligen Evangelischen Kirche in Deutschland (weiter EKD) angenommen haben, erwächst aus dem existentiellen Bedürfnis, das Gespräch mit den Kirchen in den übrigen europäischen Ländern, die sich auf der Seite der siegreichen Anti-Hitler-Koalition befanden, zu erneuern. Es geht um eine entgegenkommende Geste gegenüber der Ökumene. Diese wurde damals durch Namen repräsentiert wie die des späteren Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen (weiter ÖRK) Visser 't Hooft, Dr. Bell, Bischof von Chichester und weitere. Die